

## Die Linke zum Jobcenterbeirat und Jobcenterausschuss

Wilfried Ganguin, Vorsitzender der Linken im Landkreis begrüßt grundsätzlich, dass sich mit dem nunmehr gesetzlich vorgeschriebenen Jobcenterbeirat und dem Jobcenterausschuss zwei Gremien im Landkreis konstituiert haben, die sich den Problemen der Arbeitslosigkeit und der von Arbeitslosigkeit Betroffenen anzunehmen haben. Ganguin: „Bei näherem Hinschauen lassen sich jedoch schon jetzt erhebliche Konstruktionsfehler beim Beirat feststellen. Er hat lediglich beratende Funktion, die sich nur auf den Bereich der Eingliederungsinstrumente bezieht. Zudem können Arbeitslosengeld-II-Beziehende bzw. deren Interessenvertretungen nicht in den Beirat gewählt werden. Der Gesetzgeber begründet diesen Ausschluss mit der Vermeidung von Interessenkonflikten, denen sich Vertreterinnen und Vertreter von Beteiligten des örtlichen Arbeitsmarktes, die Eingliederungsleistungen nach dem SGB II anbieten, ausgesetzt sehen könnten. Konkret auf Rotenburg bezogen bedeutete das, dass z.B. aus dem Kaufhaus Karo kein Vertreter benannt werden durfte, weil es Eingliederungsleistungen anbietet. Diese gezielt gegen die Interessen der Arbeitslosen eingesetzte gesetzliche Vorgabe geht einseitig zu Lasten der von Arbeitslosigkeit Betroffenen. Sie ist zudem fadenscheinig, denn auch für Unternehmensvertreter, die im Beirat sitzen, lassen sich durchaus geldwerte Interessenkonflikte annehmen. Diese hanebüchene Regelung hatte zur Folge, dass für den Beirat vorgeschlagene Personen, deren berufliche Tätigkeiten Berührungspunkte mit der Lebenswelt von Arbeitslosen aufweisen, nicht berücksichtigt werden konnten. Weder der Herbergsverein, noch die Werkstattgemeinde noch das Diakonische Werk des Kirchenkreises kamen dadurch zum Zuge. Auch nicht das Bildungswerk der niedersächsischen Wirtschaft. Dafür sind die Unternehmerinteressen und die Behörden jeweils gleich dreimal vertreten und je einmal das Landvolk und die Berufsschule. Mal sehen, ob der Vertreter der Gewerkschaft das Fähnlein der Arbeitslosen aufrecht hält.“

Der gesetzliche Korrekturbedarf, um die Wirksamkeit der Arbeit der Beiräte im Interesse der Betroffenen zu erhöhen, ist nach Meinung der Linken erheblich.

Was den Jobcenterausschuss betrifft, so zeigte sich bei der Vorstellung der Mitglieder in der ersten Sitzung, dass Beamte und Landwirte stark vertreten sind. Auch hier also eine nicht zu verkennende Ferne zu den Problemen eines Arbeitslosen. „Dennoch“, so Ganguin, „sollte dieser Ausschuss die Chance nutzen, jene Lücken in der Wahrnehmung der Interessen von Arbeitslosen zu schließen, die der Gesetzgeber im Jobcenterbeirat geradezu vorprogrammierte. Der Ausschuss kann gewiss sein, dass Die Linke im Landkreis die zukünftige Arbeit des Ausschusses mit großem Interesse verfolgen wird.“